

„Kurs halten. Die Mitte stärken.“

**Einstimmiger Beschluss des
24. Landesparteitages
der CDU Brandenburg
am 28. November 2009 in Potsdam**



CDU

BRANDENBURG

Ein Land im Wandel

Brandenburg steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Eine zentrale Aufgabe wird darin bestehen, die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen und ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. Nur eine solide wirtschaftliche Basis auf Grundlage von Innovation, Investitionen und Fortschritt wird dafür sorgen, dass Brandenburg seinen Bewohnern auch in Zukunft Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität bieten kann.

Gerade vor diesem Hintergrund muss es das Ziel sein, möglichst rasch die Verschuldung einzugrenzen, abzubauen und einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu präsentieren. Eine Aufgabe, der in Anbetracht eines Schuldenberges von mehr als 18 Mrd. Euro und deutlich sinkender Förderungen von Bundesseite und durch die Europäische Union eine geradezu elementare Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zukommt.

Bereits mittelfristig werden die verfügbaren Mittel des Staates schrumpfen und damit einhergehend auch der Gestaltungsspielraum sinken. Deshalb ist Haushaltsdisziplin eine faktische Notwendigkeit, an der keine seriöse Landesregierung vorbei kommen wird. Tatsache ist, wollen wir unseren Kindern und Enkeln noch ein Brandenburg der Gestaltungsmöglichkeiten übergeben, dann müssen wir heute damit beginnen, die staatlichen Aufgaben zu überdenken, die Bürgerverantwortung zu stärken und die sinkenden Finanzmittel effektiv einzusetzen.

Ohne klaren Kurs keine Perspektiven für Brandenburg

Vor diesem Hintergrund war die Entscheidung der märkischen Sozialdemokraten für ein Bündnis mit der an ideologischen Umverteilungsversprechen festhaltenden Linkspartei ein großer Schritt in die falsche Richtung und hat Brandenburg bereits jetzt schweren Schaden zugefügt. Mit ihrem Votum für eine Koalition mit den SED-Erben hat sich die SPD inhaltlich, personell und vor allem moralisch in eine Sackgasse begeben. Wir werden die daraus resultierende Glaubwürdigkeitsfrage immer wieder stellen und thematisieren, dass ein zentrales Novum dieser Kooperation nicht die Zusammenarbeit mit der Linkspartei an sich, sondern die Beteiligung ehemaliger Stasi-Täter an der Regierungsverantwortung ist.

Platzecks Entscheidung für Rot-Rot ist zudem keine moralisch begründete Versöhnungsgeste, sondern der Versuch einer politischen Überlebensstrategie der SPD, die kein Konzept für den Umgang mit dem Mitbewerber von links besitzt. Die vom SPD-Landeschef geforderte Integration ehemaliger DDR-Eliten ist – gewollt oder ungewollt – längst Realität. Das zeigen nicht nur die erschreckend geringen Zahlen derer, die für begangenes SED-Unrecht verurteilt wurden, sondern auch die breite öffentliche Teilhabe ehemaliger Funktionsträger am wirtschaftlichen und politischen Leben im wiedervereinigten Deutschland.

Auf inhaltlicher Ebene zeigt der abgeschlossene Koalitionsvertrag mehr als deutlich, dass sich die Linkspartei mit ihrem im Vorfeld postulierten Anspruch eines Politikwechsels nicht durchsetzen konnte. In Anbetracht der Positionen, die die Linkspartei in der Vergangenheit beispielsweise im Bereich der Braunkohlenutzung oder der Haushaltsdisziplin vertreten hat und z.T. noch vertritt, werden wir diese Differenz zwischen unrealistischen Versprechen und realer politischer Arbeit immer wieder herausstellen. Es darf der Linkspartei nicht gelingen, die Wähler zu täuschen, indem sie gleichzeitig Regierungs- und Oppositionspartei sein will.

Opposition aus Verantwortung

Im Gegensatz dazu werden Glaubwürdigkeit und Seriosität auch in der Opposition die Wegmarken unseres politischen Handelns sein. Deshalb werden wir eine konstruktive und an der Sache ausgerichtete Oppositionspolitik auf Grundlage unseres Wahlprogramms und unserer zehnjährigen Regierungserfahrung betreiben und kein Opponieren aus Prinzip. Vor diesem Hintergrund werden wir Bilanz der letzten Dekade unseres Regierungshandelns ziehen.

Signifikantes Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosenzahlen, eine niedrigere Kriminalitätsrate, eines der familienfreundlichsten Wissenschaftssysteme Deutschlands und deutliche Zuwächse beim PISA-Vergleich sind nur einige der Erfolge der großen Koalition in Brandenburg, die deutlich unsere Handschrift tragen. Deshalb werden wir eine klare und detaillierte Analyse der Situation Brandenburgs zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch Rot-Rot im Herbst 2009 erstellen, auf deren Grundlage eine sachorientierte Oppositionspolitik erfolgen wird.

Rot-Rot ablösen

Unser strategisches Ziel für die nächsten fünf Jahr steht dabei unumstößlich fest: Rot-Rot muss spätestens 2014 Geschichte sein. Daher werden wir die kommende Legislaturperiode nutzen, um die Mitte zu stärken und unsere Basis zu verbreitern. Zeigt doch bereits eine erste Auswertung der Landtagswahlergebnisse sehr deutlich, dass die Zukunft der CDU Brandenburg als Volkspartei einzig und allein in der Mitte der Gesellschaft liegt. Diese Position dürfen wir nicht preisgeben.

Unser Ziel wird vielmehr darin bestehen, unser Profil zu schärfen und dieses auch personell zu untermauern. Darüber hinaus müssen insbesondere auch die Impulse und Initiativen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung genutzt werden, um den Brandenburgerinnen und Brandenburgern christdemokratische Alternativen zur rot-roten Einheitsfront anzubieten. Für die Entwicklung des Landes Brandenburg sehen wir dabei drei Schwerpunkte.

Im wirtschaftlichen Bereich zeigen das positive Wirtschaftswachstum und die sinkenden Arbeitslosenzahlen der letzten Jahre deutlich, dass ein Mittelstandsfördergesetz mit einem klaren Bekenntnis zu weniger Bürokratie und mehr Investitionen zielführender gewesen wäre als ein an Mindestlöhne gekoppeltes Landesvergabegesetz. Von einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit 8.000 Stellen, der noch dazu in Anbetracht der eingeplanten Finanzmittel von 40 Millionen Euro in fünf Jahren – mithin also 83 Euro pro Person und Monat - eher eine Jobatrappe denn ein Jobmotor ist, ganz zu schweigen.

In energiepolitischen Fragen stehen wir für ein klares Bekenntnis zur Energiestrategie 2020. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien zählt dazu auch die Erforschung der Klima schonenden Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (CCS) als Brückentechnologie zum Erhalt der Nutzung der heimischen Braunkohle als Teil eines ausgewogenen Energiemixes. Nicht nur im Hinblick auf eine mögliche EU-Förderung, sondern auch als Forschungs- und Wirtschaftszweig mit großen Wachstumsraten kommt dieser Technologie eine herausgehobene Bedeutung für die Zukunft Brandenburgs zu.

Im Hinblick auf ein gerechtes und sozial ausgewogenes Bildungssystem hätte es dringend einer Unterrichtsgarantie bedurft, denn jeder Schüler hat nicht nur das Recht auf gute Bildung, sondern auch das Recht auf jede einzelne Unterrichtsstunde. Dafür wären aber mehr Neueinstellungen im Lehrerbereich notwendig gewesen, als im Koalitionsvertrag von Rot-Rot vorgesehen sind. Zeigen doch die Erfolge beim PISA-Test und die stetig steigende Zahl der Anmeldungen für die Leistungs- und Begabungsklassen deutlich, dass die von uns initiierte Leistungsorientierung und der Erhalt des gegliederten Schulsystems die richtigen Schritte waren.

Klarer Kurs mit einer geschlossenen CDU

Fundament dieses klaren Kurses ist eine geschlossene CDU Brandenburg, die sich deutlich zu ihren konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln bekennt. Wir vertrauen auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürger, ihr Lebensglück frei und eigenverantwortlich zu gestalten. Alle Menschen in Brandenburg sollen die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es ihren Begabungen, Fähigkeiten, Wünschen und Neigungen entspricht.

Nach unserem Verständnis ist es Aufgabe der Politik, wo nötig, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten und die Selbstverantwortung des Einzelnen zu fördern. Wir bekennen uns zur Leistungsbereitschaft und wenden uns gegen Gleichmacherei. Wir setzen uns für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Wir sind davon überzeugt, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt wird, wenn wir mehr Freiheit wagen und den Menschen wieder mehr eigene Entscheidungsmöglichkeiten zurückgeben.

Zur Durchsetzung unserer politischen Vorhaben in der Opposition werden wir die Abstimmung zwischen Partei und Fraktion intensivieren. Dazu gehört auch, die Vernetzung mit unseren Kreis- und Ortsverbänden sowie unseren Vereinigungen weiter zu verbessern. Wir werden die Mitglieder vor Ort stärker einbinden. Sie sind die Stützen und Multiplikatoren unserer Politik.

Auch die Zusammenarbeit mit Kirchen, Vereinen, Gewerkschaften, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Akteuren werden wir in Zukunft weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, unser Engagement in diesem vorpolitischen Raum deutlich zu erhöhen, um somit die Reichweite und Nachhaltigkeit unserer politischen Vorstellungen zu verbessern.

Darüber hinaus sind wir offen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Oppositionsparteien im Landtag Brandenburg. Unser Ziel und Anspruch als stärkste Oppositionspartei ist es, den Brandenburgerinnen und Brandenburgern aus der Opposition heraus eine zukunftsorientierte Alternative für unser Land zu bieten.